



An das Kommunalreferat der Landeshauptstadt München

**Antrag: „Belastung“ von Personen vor Straßenbenennungen prüfen und entsprechende Informationen dem BA mitteilen**

**Beschluss**

Der Bezirksausschuss fordert die Landeshauptstadt München auf, bei der Benennung von Straßen und anderen Verkehrsflächen nach Personen die Würdigkeit der zu ehrenden Person, insbesondere im Hinblick auf deren mögliche „Belastung“ in der NS-Zeit und im Hinblick auf völkische, antisemitische und rassistische Äußerungen sowie Handlungen, genauestens zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung sowie die zur Beurteilung relevanten Informationen über die Biografie der vorgeschlagenen Person werden dem Bezirksausschuss im Rahmen der Sitzungsvorlage zur Straßenbenennung zugeleitet, sodass dieser über eine adäquate Grundlage für seine Beratungen verfügt.

**Begründung**

Mit der Benennung von Straßen, Plätzen, Brücken etc. würdigt die Landeshauptstadt München bedeutende Personen und setzt ihnen einen dauerhaften „Erinnerungsort“ in der Stadtopografie. Bevor einer Person eine solche Ehre zuteilwird, sollte geklärt sein, dass die vorgeschlagene Person durch ihre Biografie eine entsprechende Würdigkeit aufweist. Neben dem Lebenswerk der zu ehrenden Person sollten mögliche „Belastungen“, etwa während der Zeit des Nationalsozialismus und im Hinblick auf völkische, rassistische und antisemitische Äußerungen sowie Handlungen, geprüft werden. Entsprechende Informationen sind dem Bezirksausschuss zuzuleiten, damit sich dieser ein eigenes Urteil über die zu ehrende Person bilden kann. Dies soll verhindern, dass nach Personen benannte Verkehrsflächen später aufgrund von nun vorliegenden Informationen umbenannt werden müssen.

**Initiative:** Jörn Retterath